

Stand: 30.04.2026 08:31:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/50

"Guter Ganzttag für Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/50 vom 07.11.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/384 des BI vom 26.11.2013
3. Beschluss des Plenums 17/479 vom 28.01.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 9 vom 28.01.2014



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Guter Ganzttag für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zum zügigen Ausbau der gebundenen Ganzttagsschulen zu treffen:

1. Es wird ein Gesetzentwurf für einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer gebundenen Ganzttagsschule vorgelegt.
2. Es wird ein Ausbauplan für ein flächendeckendes Angebot an rhythmisierten Ganzttagsgrundschulen vorgelegt und umgesetzt.
3. Es werden Schulentwicklungs- und Personalentwicklungskonzepte von den Schulen erarbeitet.
4. An allen Ganzttagsschulen werden multiprofessionelle Teams eingesetzt.
5. Es werden zielgruppengenaue Informationskampagnen initiiert und die Eltern aktiv in die Angebotsentwicklung einbezogen.
6. Der Ausbau des Ganzttagsangebots wird regelmäßig evaluiert und die Ergebnisse werden dem Landtag unmittelbar vorgelegt.

Begründung:

Der Aktionsrat Bildung hat am 6. November 2013 eine Zwischenbilanz zu den Ganztagsgrundschulen veröffentlicht. Dieser Zwischenbilanz ist zu entnehmen, dass gewünschte Effekte der Ganzttagsschulen, wie zum Beispiel erhöhte Kompetenzwerte der Schülerinnen und Schüler und der Zugewinn an Chancengerechtigkeit, nur durch gebundene, rhythmisierte Ganzttagsangebote erzielt werden können. Bayern liegt mit einem Durchschnitt von unter fünf Prozent gebundener Ganzttagsschulen deutlich hinter anderen Bundesländern zurück. Es besteht Handlungsbedarf, die Angebote deutlich auszuweiten und deren Qualität zu verbessern.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll,
Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/50

Guter Ganztag für Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Dr. Simone Strohmayr**
Mitberichterstatlerin: **Dr. Ute Eiling-Hütig**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 2. Sitzung am 14. November 2013 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 26. November 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/50, 17/384

Guter Ganztag für Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Günther Felbinger

Abg. Thomas Gehring

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Abg. Martin Güll

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u.

a. und Fraktion (SPD)

Guter Ganztag für Bayern (Drs. 17/50)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Kollegin Dr. Strohmayr. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen uns heute noch einmal mit einem sehr wichtigen Thema beschäftigen – Ganztagschule in Bayern. Was wir bei diesem Thema erleben, ist leider ein Trauerspiel. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Ministerpräsident, unser schönes Bayern – laut Regierungserklärung in allen Bereichen Weltspitze – ist ausgerechnet beim Zukunftsthema "Ganztagschule" im Vergleich aller Bundesländer ganz hinten dran. Trauriger Zweitletzter sind wir in Deutschland, was den Stand des Aus- bzw. Aufbaus von Ganztagschulen angeht. Das hat im November vergangenen Jahres der Aktionsrat Bildung festgestellt, der von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft eingesetzt worden ist und dem viele Professoren angehören – also bestimmt kein SPD-Gremium.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine Schande, dass ausgerechnet wir im reichen Bayern es bislang nicht geschafft haben, ein ausreichendes Ganztagsangebot vorzuhalten. Wir brauchen dringend mehr Quantität und mehr Qualität beim Ausbau der Ganztagschule.

(Beifall bei der SPD)

Aber was macht unser Minister Spaenle? Er baut 830 Lehrerstellen ab, obwohl im Bayernplan vor der Wahl verkündet wurde: Die demografische Rendite bleibt im System. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist Wahlbetrug zulasten unserer Kinder und zulasten der Lehrerinnen und Lehrer!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich frage Sie: Wie können wir Ganztagschulen ausbauen – ohne neue Lehrer? Wie können wir die Qualität verbessern – ohne neue Lehrer? Wie soll das gehen?

Gerade einmal 4,64 % der Grundschüler besuchen eine gebundene Ganztagschule – ein Armutszeugnis. Gerade einmal 4,76 % der Realschüler besuchen eine gebundene Ganztagschule. Gerade einmal 2,98 % der Gymnasiasten besuchen eine gebundene Ganztagschule. Das ist die traurige Wahrheit hier in Bayern.

Was mich besonders ärgert: Ab der 7. Klasse gibt es in Bayern quasi überhaupt keine Angebote mehr. Gerade dann, wenn die Kinder in der Pubertät sind und besondere Hilfe brauchen, gibt es nichts! Diese Kinder sitzen meistens zuhause vor dem PC oder dem Fernseher – eben weil es keine Ganztagsangebote gibt.

Das Fazit der Studie des Aktionsrates Bildung: Die Ganztagschule, wie sie derzeit betrieben wird – in additiver oder offener Form, als Mittagsbetreuung, mit Ehrenamtlichen, unterfinanziert, ohne Qualitätsstandards –, bleibt weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Die Studie stellt weiter fest: Insbesondere gebundene Ganztagschulen haben das Potenzial, Eltern umfassend Hilfe anzubieten. Hier erhalten Schülerinnen und Schüler, gleich welcher Herkunft, gleiche Chancen. Kinder können hier gezielt gefördert werden, wodurch sich ihre Leistung nachweislich steigern lässt.

Ähnliches hatte übrigens schon die StEG-Studie kurz vorher festgestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Wenn wir unsere Kinder endlich besser fördern, Migranten integrieren und insgesamt mehr Chancengleichheit schaffen wollen – ich hoffe, das ist Konsens –, warum schaffen wir dann nicht endlich entsprechende Bedingungen für gute Ganztagschulen?

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten die Empfehlungen des Aktionsrates Bildung ernst nehmen. Wir brauchen den Rechtsanspruch auf einen gebundenen Ganztagsplatz. Rhythmisierete Angebote sind flächendeckend auszubauen. Es bedarf eines Konzepts für die Schul- und Personalentwicklung. An den Ganztagschulen müssen multiprofessionelle Teams zum Einsatz kommen. Eine Informationskampagne für Eltern und Schüler ist nötig. Wir brauchen schließlich regelmäßig Evaluationen unserer Ganztagschulen, damit wir sehen können, was wir noch verbessern müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildung ist Ländersache. Wie viele Studien wollen wir denn noch abwarten? Wie lange sollen unsere Kinder und deren Eltern noch Leidtragende sein? Ich kann Sie nur aufrufen: Unterstützen Sie unseren Antrag!

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Ich darf nun Frau Dr. Eiling-Hütig als nächste Rednerin an das Pult bitten.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Grüß Gott, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Als seit Langem berufstätige Mutter mit einer Tochter von mittlerweile acht Jahren liegt mir das Thema "Ganztagschule" sicherlich sehr am Herzen. Ich gehöre also zu der Zielgruppe, an die sich der vorliegende Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion direkt richtet.

Es gibt sicherlich niemanden in diesem Hohen Haus, der Zweifel daran hat, dass der Ausbau der Ganztagschulen eine zentrale Voraussetzung für die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Das gilt sicherlich sowohl für Frauen als auch für Männer. Es ist deshalb seit Langem erklärte Politik der CSU, den Ausbau der Ganztagschulen voranzutreiben. Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung im November vergangenen Jahres den Eltern in Bayern eine Ganztagsgarantie gegeben. Sie lautet:

Bis 2018 gibt es

- in Bayern -

in allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Mutter weiß ich aus vielen Gesprächen mit anderen Eltern, dass das – sprachlich vielleicht holprige – Adjektiv "bedarfsgerecht" in der Praxis für die Eltern sehr wichtig ist. Deshalb legen wir in Bayern großen Wert darauf, den Ausbau der Ganztagschulen nicht quasi von oben, zentral für alle Kinder zu verordnen. "Nicht bevormunden!" lautet unser Motto.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ein Rechtsanspruch ist keine Bevormundung!)

Wir richten uns nach den Wünschen und Bedürfnissen der Eltern.

(Beifall bei der CSU)

Das bedeutet auch – Frau Dr. Strohmayr, das sollten Sie wissen, denn wir haben im Ausschuss über diese Dinge diskutiert, und Sie sollten zuhören -, dass bis heute kein einziger Antrag auf Schaffung einer Ganztagschule oder -klasse abgelehnt worden ist.

Im Gegenteil. An allen Schularten liegt die Zahl der Anträge auf Schaffung gebundener Ganztagschulen deutlich unter den Zahlen, die der Freistaat verbindlich zugesagt hat. Da Sie schon länger im Landtag sind, verehrte Kollegin, sollten Sie die Zahlen kennen: Grundschule: Angebot 540 Standorte; 354 Beantragungen. Mittelschule: 600 Angebote, 412 Anträge. Realschule: 230, wie im Koalitionsvertrag angegeben, 35 haben beantragt. Gymnasium: 309; davon haben 58 Standorte beantragt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Dr. Strohmayr?

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Nein.

(Beifall bei der CSU)

Nach diesen Zahlen ist die Forderung der SPD nach Schaffung eines Rechtsanspruches auf einen Platz in einer gebundenen Ganztagschule nicht nur überflüssig, sondern auch ein Beispiel für überflüssige Bürokratie.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Schwarzmalerei, nur weiter so!)

Soweit mir bekannt ist, ist die Bekämpfung überflüssiger Bürokratie, die sich dieses Hohe Haus auf die Fahne geschrieben hat, fraktionsübergreifender Konsens.

Der von der SPD geforderte Ausbauplan für ein flächendeckendes Angebot an rhythmisierten Ganztagsgrundschulen liegt bereits ebenso vor wie die geforderten Schulentwicklungs- und Personalentwicklungskonzepte. Das gibt es bereits.

Die von der SPD geforderten multiprofessionellen Teams, die ich als eine Art Ganztags-Task-Force verstehe, lehnen wir ab, da wir davon überzeugt sind, dass die Schulen vor Ort selbst am besten wissen, was für ihre Schülerinnen und Schüler gut ist.

(Beifall bei der CSU)

Auch von den Eltern wird dies so gewünscht.

Die geforderten zielgruppengenauen Informationskampagnen – ich wundere mich, dass das wieder auftaucht – gibt es bereits gedruckt und online. Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen der SPD einmal einen Blick ins Internet empfehlen.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu Punkt sechs. Die Evaluation des Ausbaus der Ganztagsangebote ist überflüssig; denn die quantitativen Daten hat das Ministerium immer aktuell vorliegen,

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das ist keine Evaluation!)

und wir richten uns dabei auch immer nach dem von den Eltern und Schülern tatsächlich vorgebrachten Bedarf. Wir richten uns nicht nach den Wünschen von Organisationen.

(Beifall bei der CSU)

Eine Evaluation der Qualität der Ganztagsangebote ist dann sinnvoll, wenn die Angelegenheit so weit fortgeschritten ist, dass man wirklich Vergleiche anstellen kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur kurz Folgendes sagen. Eine gute Ganztagsbetreuung bzw. ein guter Ganzttag, wie Sie es fordern, hängt nicht von der Dauer der Betreuung ab, sondern von den Personen, die sie ausüben.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Landtagsfraktion tritt ohne Wenn und Aber für den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagschulen in Bayern ein.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kollegin, achten Sie auf die Redezeit.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Um ihn zu erreichen, haben wir bereits alles auf den Weg gebracht und vielfach auch schon umgesetzt.

Der vorliegende Antrag der SPD bringt uns nach unserer festen Überzeugung keinen einzigen Schritt weiter in unserem gemeinsamen Ziel. Er würde die Wahlfreiheit der Eltern verhindern, schüfe überflüssige Bürokratie und würde vor allem die Entscheidungsspielräume der Schulen massiv eingrenzen und bedeutete auch eine Bevormundung der Eltern. Das alles wollen wir nicht. Die CSU-Landtagsfraktion lehnt deshalb den Antrag der SPD ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Bei einer Zwischenbemerkung von Frau Dr. Strohmayr bekommen Sie die Gelegenheit, noch einmal zwei Minuten zu sprechen. Bitte sehr, Frau Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich bin immer wieder erstaunt, Frau Kollegin, in welcher Welt Sie leben. Es ist offensichtlich nicht die gleiche, in der ich mich befinde.

(Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Kann sein! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Gott sei Dank!)

Sie sprechen im Grunde von gemeinsamen Zielen, aber in Ihrem jetzigen Beitrag kann ich diese kaum mehr finden. Sie sprechen von Bevormundung der Eltern. Ich weiß nicht, was ein Rechtsanspruch mit Bevormundung zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Aber vor allen Dingen bewegt mich Ihre Aussage, dass es doch so einfach möglich sei, Anträge zu stellen, und dass alle Anträge immer positiv beschieden würden. Ihnen ist scheinbar nicht bewusst, welche Auswirkungen das letztendlich auf die kommunale Ebene hat. Sie sind noch nicht so lange dabei und möglicherweise haben Sie sich mit der Thematik noch nicht so sehr auseinandergesetzt. Sie wissen anscheinend nicht, dass die größten Kosten auf die Kommunen verlagert werden.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Oh, oh!)

Viele Kommunen beantragen schon deshalb keine offenen Ganztagschulen.

Alles in allem möchte ich Sie bitten, sich einmal genauer mit unseren Anträgen auseinanderzusetzen, damit das Ganze ein bisschen mehr Tiefgang bekommt. Dann können wir ins Gespräch kommen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Noch mehr Tiefgang braucht der Antrag nicht!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Dr. Eiling-Hütig, bitte.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Das machen wir jetzt ganz einfach, Frau Strohmayr. Ich wiederhole mich, denn im Ausschuss hat es die gleiche Diskussion gegeben. Sie haben zwar das Gutachten sehr schön zitiert, aber nicht in allen Fassungen. Dazu gäbe es noch einiges zu sagen.

In Ihrem Antrag wird der Rechtsanspruch in Nummer 1 angesprochen. Dieser erübrigt sich, wenn die Zahl der Anträge niedriger ist, als das Angebot es hergibt.

(Natascha Kohnen (SPD): Warum ist das so?)

Der Ausbauplan für ein flächendeckendes Angebot existiert bereits.

Die Schulentwicklungs- und Personalentwicklungskonzepte der Schulen gibt es ebenfalls bereits.

Das Thema der multiprofessionellen Teams haben wir im Ausschuss lange diskutiert. Das ist unserer Meinung nach eine Sache der Schulen, die das selbst entscheiden sollen. Denn sie kennen ihre Schüler besser.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Und das alles ohne Geld?)

Zielgruppengenaue Informationskampagnen zu initiieren, auch diese Forderung gibt es bereits. Das hätten Sie sich ansehen können. Anscheinend sind Sie nicht ganz informiert. Diese Kampagnen kann man online abrufen. Die Elternbeiräte werden ebenso geschult wie die Lehrer.

(Beifall bei der CSU)

Was die Evaluation anbelangt, möchte ich Folgendes feststellen. Eine Evaluation hat in dem Moment Sinn, in dem die Phase richtig angelaufen ist und man wirklich vergleichen kann.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Aber sie läuft einfach nicht an!)

Wenn Sie mit der Bemerkung meinen, dass ich noch nicht so lange im Landtag bin, so ist das richtig, aber Sie, Frau Strohmayer, waren letztes Mal schon dabei, und ich denke, Sie haben den Koalitionsvertrag nicht richtig gelesen. Es ist alles explizit gesagt worden, was es an Erwartungshaltungen gibt und was geplant ist. Und das wird nun auch umgesetzt. Sagen Sie mir ein Beispiel, wo ein Antrag für ein Ganztagsangebot abgelehnt worden wäre. Dann könnten wir weiterreden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Reden Sie doch mal zur Sache!)

Folgendes möchte ich noch gern ergänzen. Sie haben sehr ausführlich im Ausschuss den Aktionsplan zitiert. Ausschlaggebend ist dabei für mich ein besonderer Punkt. Sie zitieren immer nur das, was Ihnen gerade passt. Das ist im Grunde legitim. Das tue ich sicherlich nicht.

(Lachen der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD) und Natascha Kohnen (SPD))

Aus bildungspolitischer Perspektive ist zu resümieren, dass die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu fördern sind. Bei den Schülerleistungen in den Domänen Lesen und Mathematik, aber auch in den Naturwissenschaften lassen sich keine Unterschiede zwischen Halbtags- und Ganztagsgrundschulen nachweisen.

Was mir ein bisschen leid tut an der ganzen Diskussion ist der Punkt, dass es Ihnen, Frau Strohmayer, um etwas ganz anderes geht. Sie reden immer von Qualität, und sie reden auch von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darin sind wir uns einig, aber ich habe Ihnen bereits im Ausschuss gesagt, dass mir das Wohl der Kinder dabei etwas zu kurz kommt.

(Natascha Kohnen (SPD): Ach geh! – Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sie setzen die Kinder wohl lieber vor den Fernseher!)

Um den Freizeitwert bei den Eltern zu steigern, wie es im Aktionsplan zu lesen ist, brauchen wir keine Ganztagschulen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich darf nun den Kollegen Felbinger ans Mikrofon bitten.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr verehrte Minister und Staatssekretäre, werte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem jetzt die Märchenstunde der CSU, vorgetragen von Frau Dr. Eiling-Hütig, vorüber ist,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

möchte ich Sie, meine Damen und Herren von der CSU, mit den Realitäten des Alltags konfrontieren.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Oh, oh!)

Ich möchte Ihnen ein Zitat bringen:

Wir gehen in Bayern nicht den Weg anderer Länder, die den Personalstand im Bildungswesen zurückfahren. Wir garantieren vielmehr den bayerischen Schulen, dass auch bei sinkenden Schülerzahlen die freiwerdenden Lehrerstellen vollständig im Bildungssystem belassen werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wer hat das gesagt? – Ministerpräsident Horst Seehofer: Das kann nur von mir sein!)

Dieses Zitat stammt nicht von den FREIEN WÄHLERN, sondern findet sich exakt so im Bayernplan der CSU zur Landtagswahl. Herr Ministerpräsident, Sie werden es sicherlich gespeichert haben.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Selbstverständlich kann das nur vom Ministerpräsidenten kommen!)

Wenn ich jetzt die Meldungen der letzten Tage über die Streichung von 830 Lehrerstellen lese, denke ich, das war eine der vielen Versprechungen der CSU, die jetzt schon wieder Schnee von gestern sind und bei denen den Bürgern etwas vorgegaukelt wurde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hauptsache, sie haben die Wahl gewonnen. Das andere ist denen doch wurscht!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden sich vielleicht fragen, was ein guter Ganzttag mit der erwähnten demografischen Rendite zu tun hat. Ich meine, eine ganze Menge. Denn gute Ganzttagsschulen gibt es nur mit ausreichend vielen Lehrkräften, noch dazu solchen, die den Anforderungen einer Ganztagschule gewachsen sind und dafür ausgebildet worden sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, jeder Einzelne von Ihnen hat die genannte Garantie im Wahlprogramm abgegeben. Schon deshalb erwarte ich von Ihnen, dass Sie die von Kultusminister Spaenle angekündigte Kürzungsorgie bei Lehrerstellen nicht mitmachen, sondern Ihre Stimme erheben. Denn wer sich selbst als Herzkammer bezeichnet, muss beweisen, dass sein Herz überhaupt noch schlägt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber bei einem so dominanten Ministerpräsidenten scheint mir fast, dass hier Herzstillstand herrscht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Am 14. November 2013 haben wir, die FREIEN WÄHLER, den Dringlichkeitsantrag gestellt: Garantie für Lehrerstellen, demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben. Wir wollten damals von der CSU die Garantie, dass das so ist. Das Votum war damals schon ablehnend. Ich möchte hier explizit den Kollegen Reiß zitieren, der damals zu Protokoll gegeben hat, die demografische Rendite bei den Schulen werde jedoch im Bildungssystem verbleiben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Nachtragshaushalt wird hier in diesem Hohen Haus und nicht in Vier-Augen-Gesprächen im Hinterzimmer beschlossen. Wenn vorhin der Kollege Zellmeier gesagt hat, die CSU sei die wahre Partei mit Bürgerbeteiligung, muss ich das schon hinterfragen.

Ich erwarte, dass sich jeder Einzelne der Sache genau bewusst ist, wenn er Stellenkürzungen mitträgt. Denn wir brauchen die Stellen gerade für die Ganztagsbetreuung. Der vorliegende Antrag der SPD listet ja alle guten Vorschläge des Zukunftsrates Bildung auf, und wir sind uns absolut einig, dass vieles davon schnellstmöglich und eigentlich dringendst vorangetrieben werden muss. Die notwendigen Weiterentwicklungen wurden ja vorhin von den Kolleginnen schon angesprochen. Ich möchte das gar nicht wiederholen.

Aber ich möchte noch kurz einen Aspekt ansprechen, der bisher noch nicht erwähnt wurde. Guter Ganzttag braucht natürlich auch entsprechende bauliche Voraussetzungen, und dafür sind die Kommunen als Sachaufwandsträger verantwortlich. Die Staatsregierung hat es sich immer zur Aufgabe gemacht, kommunale Bildungsregionen voranzubringen, und das finden wir auch durchaus in Ordnung. Aber mit einem Siegel der Bildungsregion ist keinerlei finanzielle Förderung verbunden.

Wir fordern deswegen, dass mit dem Gütesiegel nicht nur eine ideelle Unterstützung, sondern auch eine finanzielle Förderung verbunden ist, auch um das Ziel guter Ganztagschulen voranzubringen. Es ist seit Langem notwendig, die Erhöhung der Zuschüsse an die Kommunen für die Ganztagsbeschulung endlich in die Tat umzusetzen. Denn wir brauchen eine qualitative Verbesserung der Ganztagsbeschulung, und das geht ganz bestimmt nicht bei einer Streichung von Lehrerstellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Ich darf nun den Kollegen Gehring bitten.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SPD-Antrag bezieht sich auf ein Papier, das vom Verband der Bayerischen Wirtschaft in Auftrag gegeben worden ist. Ich darf vielleicht daran erinnern, dass die CSU ihren ideologischen Schwenk von der Gegnerschaft zur Ganztagschule hin zur Befürwortung eigentlich ausschließlich deswegen vollzogen hat, weil der Anstoß aus der Wirtschaft und vom Verband der Bayerischen Wirtschaft gekommen ist. Frau Kollegin Eiling-Hütig, die CSU sucht ja wieder einmal das Gespräch mit der Wirtschaft. Ich denke, das würde sich lohnen und wäre hilfreich für ihre bildungspolitische Positionierung.

Das Ergebnis des Papiers ist – das zeigt auch der SPD-Antrag -: Ganztagschulen sind, auch wenn man sich zu ihnen bekennt, keine Selbstläufer, und auch eine Garantieerklärung unseres Ministerpräsidenten hilft nichts, wenn keine konkreten Umsetzungsschritte, Zahlen und Qualitätsstandards benannt werden.

Nachdem ich heute gelesen habe, dass der Kultusminister den Auftrag bekommen hat, jetzt einmal ein Konzept vorzulegen, wie es mit den Ganztagschulen gehen soll, muss ich sagen: Zeit wird's, und die Zeit der Konzeptionslosigkeit muss eigentlich vorbei sein. Wir müssen endlich einmal vorankommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei dem Aktionsrat Bildung ist interessant, dass deutlich die gebundene Ganztagschule präferiert wird, dass die Antwort also nicht nur Kinder am Nachmittag in der Schule sind und dass ganz deutlich die Qualität neben der Quantität betont wird.

Eine kleine Anmerkung zum Ausbauziel und zum Ausbautempo in Bayern. Bayern hat sich vom letzten auf den vorletzten Platz verbessert und liegt dabei nach wie vor hinter Baden-Württemberg. Da muss ich sagen: Super! Wenn wir so weitermachen, wird es bis zur Spitzenstellung noch lange dauern.

Die Wissenschaftler haben in der Untersuchung auch gesagt, es gebe keinen nachweisbaren Zusammenhang zwischen Ganztags- und schulischen Leistungen. Das hat zum einen forschungsmethodische Gründe und zeigt zum Zweiten, dass es auch auf die Qualität der Ganztagschulen ankommt. Eindeutig ist die soziale Verbesserung; die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird verbessert. Da geht es nicht um Freizeit, sondern wirklich darum, wie wir Familien unterstützen können. Deutlich ist auch, dass Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund gut gefördert werden, wenn sie Ganztagschulen besuchen.

Aber es wird kritisiert, dass es zu wenig Verzahnung zwischen dem schulischen Unterricht und dem Nachmittagsangebot und zu wenig Verzahnung zwischen Unterricht und außerunterrichtlichen Elementen gibt. Eine gute Ganztagschule ist nur eine Schule, die sich auch öffnet und bei der nicht der ganze Tag in der Schule verbracht wird.

Die Qualifikation des Personals ist sehr unterschiedlich. Das hat mit der Bezahlung zu tun. Die Schulleitung hat eine zentrale Rolle. Ich verweise auf unsere alte Forderung, die Schulleitung entsprechend zu entlasten, damit sie ihre Aufgaben in der Ganztagschule wahrnehmen kann.

Der SPD-Antrag ist unterstützenswert, weil er deutlich macht: Neben der Quantität geht es um die Qualität. Um sie müssen wir uns kümmern; denn Ganztagschulen werden nur erfolgreich sein, wenn die Eltern davon überzeugt sind, dass das gute Schulen sind. Nur dann werden sie ihre Kinder auf diese Schulen schicken. Dann werden wir auch hohe Bedarfe haben.

Zum Zweiten. Ich verstehe Punkt 1 des SPD-Antrags so, dass das Land zu seiner rechtlichen Verantwortung für den Ausbau der Ganztagschulen stehen muss. Was wir heute haben, ist ein Geschäft zwischen dem Land und den Kommunen, das sehr zu Lasten der Kommunen geht. Die Kommunen steigen in die Finanzierung der Ganztagschulen mit ein. Sie finanzieren das Personal an Ganztagschulen oft zusätzlich

zur staatlichen Ausstattung oder finanzieren das Personal, weil die Mittel des Landes nicht reichen.

Wenn wir mit den Ganztagschulen vorankommen wollen, muss der Bildungsgipfel von Land und kommunalen Spitzenverbänden, der 2009 stattgefunden hat, wiederholt werden. Er muss erneuert werden. Die Fehler von damals müssen verbessert werden, und es muss eine Anpassung an die veränderten Situationen erfolgen. Wir brauchen bei der Finanzierung ein neues Verhältnis zwischen Land und Kommunen, und das darf, denke ich, nicht auf die Zeit nach der Kommunalwahl verschoben, sondern muss vorher angegangen werden.

Dann brauchen wir eine klare Aufgabenverteilung. Das Land ist für die Qualität und für das Personal zuständig, und die Kommunen sind für die Gebäude und deren Ausbau zuständig. Damit werden wir dann auch Qualität erreichen. Das geht aber nicht, wenn man Lehrerstellen streicht. Die 800 Lehrerstellen, die gestrichen werden, entsprechen 1.600 Ganztagsklassen. Das heißt, damit könnte man 400 gebundene zweizügige Grundschulen finanzieren. Das geht nicht, wenn das Land weiterhin konzeptionslos ist, und es geht nicht, wenn die Lasten auf die Kommunen abgeschoben werden.

Deswegen brauchen wir neben diesem Antrag, dem wir natürlich zustimmen, weil es in ihm um die Qualität geht, einen großen Aufschlag, eine große Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen bei dem Thema Ganztage. Sonst werden die wunderschönen, aber inhaltslosen Visionen und Garantien unseres Ministerpräsidenten nichts erreichen und Bayern wird bei Ganztage weiterhin lang auf dem letzten Platz bleiben.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Ich bitte jetzt Herrn Staatsminister Dr. Spaenle ans Rednerpult.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die Entwicklung der Ganztageangebote ist ein Schwerpunkt der bayerischen Bildungspolitik. Das ist in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten mit der entsprechenden Garantie auf eine

ganztags schulische Unterstützung und mit einem Angebot für Kinder bis 14 Jahren, wie es Frau Kollegin Eiling-Hütig beschrieben hat, zugrunde gelegt.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Aber leider ist mehr bisher nicht passiert!)

Ganztagsangebote sind in der bildungspolitischen Strategie des Freistaats Bayern ein zentrales Element, das bedarfsorientiert ist - deswegen ist der Grundtenor des Antrags so, wie er vorliegt, für uns nicht mittragbar - und flächendeckend ausgebaut wird. Die Ausstattung der Ganztagsangebote in Bayern ist in der Frage der Zuwendung an Lehrerstunden und entsprechenden Mitteln nur noch mit der in Rheinland-Pfalz vergleichbar. Alle anderen Länder, auch etwa Nordrhein-Westfalen, dessen zuständige Ministerin als Präsidentin der Kultusministerkonferenz an diesem Kongress teilgenommen hat, stellen ihre Ganztagszüge im Einzelnen deutlich schlechter aus, als dies in Bayern der Fall ist. Dass das immer verbesserungswürdig ist, ist völlig klar.

Das Zweite. Wir haben das Thema der flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausstattung. Wir haben eine Vereinbarung mit den Kommunen getroffen – Herr Kollege Gehring hat es angesprochen –, die aus der unterschiedlichen gesetzlichen Zuständigkeit, nämlich aus der Verantwortung der Kommune für den Bereich der Mittagsbetreuung durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz und durch die schulische Unternehmung – das war ja die Veränderung, die qualitative Weiterentwicklung –, auch kostenfrei für die Familien im Bereich der schulischen zusätzlichen Angebote ist.

Hier ist es in der Tat richtig, dass kein Antrag, der nicht das pädagogische Konzept auf Genehmigung für eine ganztags schulische Angebotserweiterung erfüllt, abgelehnt wurde, ganz im Gegenteil: Wir stellen fest, dass zum Beispiel in der Landeshauptstadt München im Jahr 2011, was die bauliche Unterstützung angeht, die auch dauerhaft verbessert wurde, nämlich mit einem durchschnittlich 15 % höheren FAG-Zuschuss für entsprechende Baumaßnahmen im Durchschnitt von 55 %, kein einziger Cent - als Münchner würde mich die wirtschaftliche Lage freuen – zur Unterstützung für den Ausbau von Ganztagsmaßnahmen abgerufen wurde.

Das ist unsere Strategie: Wir unterstützen die bauliche Seite, die die Kommune zu leisten hat, mit einem erhöhten Zuschusssatz. Wir unterstützen den Ausbau flächendeckend und bedarfsorientiert. Deshalb ist die Qualitätssicherung für uns der dritte wichtige Punkt. Wir haben einen Qualitätssicherungsrahmen, der durch die entsprechenden Qualitätssicherungsbeauftragten bei den Regierungen und die Qualitätsagentur, das ISB, begleitet wird. Diese Qualitätsagentur ist in ihrer Arbeit erst vor Kurzem selbst mit ganz herausragenden Ergebnissen evaluiert worden.

Wir wollen diesen flächendeckenden Ausbau in der entsprechenden Bedarfssituation, wir wollen es im Dialog mit den Kommunen, und Sie können versichert sein, dass die Strategie, die die Festlegung der Regierungsfraktion und auch die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten bedeuten, nämlich dass wir die entsprechenden Ressourcen, die in der demografischen Rendite angelegt sind, in vollem Umfang im Bildungssystem belassen, auch für den laufenden Doppelhaushalt in vollem Umfang gilt und zur Verfügung steht. Wenn man die Gesamtverantwortung, die ich jetzt zu tragen habe, betrachtet, dann steht gegenüber dem letzten Doppelhaushalt, weil es auch mit der Studienplatzkapazität zu tun hat, eine Mehrung von mindestens 300 zusätzlichen Planstellen zur Verfügung. Das ist eine ganz klare Ansage, die die Frage der Verlässlichkeit und der entsprechenden Zurverfügungstellung von Bildungsressourcen angeht.

Ebenso ist es mit dem konkreten Verbleib der demografischen Rendite im Bildungssystem. Hier können wir entsprechende positive Zahlen vorlegen. Insofern sind die Dinge, die Sie hier beschreiben, nicht Gegenstand der bildungspolitischen Realität.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, bitte verbleiben Sie noch am Redepult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Güll.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich wollte zunächst eine Frage stellen, doch ich möchte jetzt eine Zwischenbemerkung machen.

Erstens. Ist es so, dass Sie, wenn Kommunen keine Anträge stellen, daraus schließen, dass es keinen Bedarf gibt, oder könnte es vielleicht auch sein, dass sich Kommunen zusammen mit ihren Schulen die Frage, ob sie einen Antrag stellen, gut überlegen angesichts der zur Verfügung gestellten Ressourcen und der Fördergelder, die man braucht, um einen guten Ganzttag zu machen?

Zweitens. Könnten Sie an diesem Ort endlich einmal einräumen, dass die SPD-Fraktion mit ihrem Recht auf Ganzttag keine Pflicht für Ganzttag meint? Ich bin es langsam leid, das hier hundertmal zu wiederholen. Ein Recht auf einen Ganzttag ist keine Verpflichtung.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Würden Sie hiermit die Aussage, die Sie der Deutschen Presseagentur gegenüber geäußert haben, dass 830 Stellen im September gestrichen werden, korrigieren? Würden Sie sagen, dass außer den 196 Stellen, die der Staatsminister für Finanzen genannt hat, die tatsächlich aus der demografischen Rendite gestrichen und in die Hochschulen verschoben werden, alle anderen Stellen im Schulsystem bleiben und die auf Seite 363 im Haushalt aufgeführten kw-Stellen hiermit obsolet sind?

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Zu Punkt 1. Die Landeshauptstadt München hat selbst – und es auch veröffentlicht – einen Bedarf über die gesamte Betreuungskulisse von knapp 80 % definiert.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

- Das war ja angesprochen. Wenn die einzelne Kommune sich dann auf den Weg macht, einen solchen Antrag zu stellen, ist es ihre Verantwortung als Sachaufwandsträger, die Kosten bzw. die Bezuschussungskulisse zu vereinbaren, nämlich dass die Kommune in ihrem Verantwortungsbereich 5.000 Euro plus 1.000 Euro und der Freistaat in der Weiterentwicklung der Tarifsituation etwa 26.000 Euro für die offene Ganz-

tagsschule oder im Gegenwert der entsprechenden Lehrerwochenstunden trägt. Das ist die Kulisse, die wir kennen. Das ist neben Rheinland-Pfalz die beste in der Republik, was die Sachausstattung oder die entsprechende Unterstützung angeht. Die Frage, ob die Kommunen im Einzelfall in der Lage sind, hier die notwendigen Raumkapazitäten zur Verfügung zu stellen, mag ein Grund sein. Doch letztlich liegt die Verantwortung für die Stellung eines Antrags bei der Kommune. Ich sage, dass auch hier die Unterstützung des Freistaats wie angesprochen mit einem erhöhten FAG-Zuschuss dauerhaft und ungedeckelt in der Zeit zur Verfügung steht.

Die Frage, inwieweit Sie den Rechtsanspruch definieren – wir kennen den gemeinsam umgesetzten Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz –, ist eine eher akademische Diskussion. Wir folgen dem Prinzip, dass bedarfsorientiert und flächendeckend ausgebaut wird. Ich glaube, die praktische Umsetzung dieses Anspruchs, wo er geltend gemacht wird, und die Beantwortung dieses Anspruchs hat aus meiner Sicht Vorrang vor Fragen, die man vielleicht in einem eher akademischen Rahmen diskutieren kann.

Ich kann nur wiederholen, dass durch die politische Selbstbindung der Regierungsfraktion und in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten die demografische Rendite in vollem Umfang im Bildungssystem verbleibt

(Zuruf des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

und es für das gesamte Verantwortungsgebiet des Hauses, dem ich vorstehe, gilt, dass diese umgesetzt wird.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Und die dritte Frage? Das war doch alles gelogen!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Gegenstimmen? - Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.